

Leserbrief:

Ich habe im Dezember die Hefte 1 bis 18 der „ZWIE-GESPRÄCHE“ erworben und sie alle mit wachsendem Interesse gelesen. Zu meinem Erstaunen habe ich eine Vielzahl meinen eigenen Auffassungen entsprechenden, ihnen nahekommenden oder doch wenigstens nachvollziehbaren und damit bedenkenswerten Ansichten entdeckt. Nur zu zwei Beiträgen möchte ich offenen Widerspruch anmelden:

Erstens: Herbert Brehmer „Antisemitismus im Geheimdienst“ im Heft 3:

Wolfgang Hartmann hat dazu in seinem Leserbrief im Heft 7 bereits Notwendiges ausführlich. Auch meine persönlichen Erfahrungen stützen die Ansichten Herbert Brehmers nicht. Mein ehemaliger unmittelbarer Vorgesetzter, der Leiter der Hauptabteilung XX, Generalleutnant Kienberg, war ebenso jüdischer Abstammung wie eine meiner engsten und fähigsten Mitarbeiterin. In beiden Fällen war ihre Herkunft allgemein bekannt, spielte aber in unserem Umgang miteinander überhaupt keine Rolle. Ich betrachte es als Ausdruck bewältigter Vergangenheit, wenn eine solche Normalität existiert, die übrigens Ignaz Bubis in Reaktion auf die provozierende Frage, ob seine Heimat nicht Israel sei, vehement einklagte: er sei ein Deutscher wie jeder andere Deutsche auch.

Die Hauptabteilung XX hat bei der Aufklärung antisemitischer Schmierereien, der Verfasser von entsprechenden Hetz- und Drohbriefen, bei einschlägigen Grabschändungen usw. mit der gleichen Konsequenz gearbeitet, wie bei analogen Vorkommnissen der Verbreitung und Umsetzung faschistischen Gedankengutes im engeren Sinne. Die kleine, nur ca. 1. 500 Personen umfassende Jüdische Gemeinde in der DDR stand unter dem besonderen Schutz des MfS und speziell der Hauptabteilung XX. Auch geringfügigste sicherheitspolitische Anliegen wurden mit größter Aufmerksamkeit und Korrektheit behandelt.

Zweitens: Sigmar Faust „Freier Umgang mit der Unfreiheit?“ im Heft 16:

Der im Heft 18 angemeldete Gesprächsbedarf von Dieter Mechtel entspricht auch meinen Überlegungen. Ich halte es darüber hinaus im fünften Jahr nach der Wende für erforderlich, eine Bilanz zu ziehen, was an den ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen Verantwortungsträger der DDR und speziell des MfS Ausfluß einer gelenkten Haßpropaganda und was tatsächlich belegbar ist. Gerade deshalb ist bekanntlich das Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS gegen eine Schließung der Akten. Wer keine Lynchjustiz will, muß zumindest bestimmen, was anzuklagen ist, wer dafür seiner Ansicht nach Verantwortung trägt und nach welchen Maßstäben geurteilt werden soll. Wer von 100 000 Menschenopfern